

Frauen treiben immer häufiger ab: BVL deckt wahre Zahlen auf

Berlin (ALfA). Der leichte Rückgang der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Abtreibungszahlen beruht allein auf der Tatsache, dass die Zahl der gebärfähigen Frauen in Deutschland zurückgegangen ist. Das berichtet „Die Welt“. Die Zahl der Frauen zwischen 15 und 45 Jahren sei zwischen 1996 und 2001 von 17,10 Millionen auf 16,78 Millionen gesunken. Setze man diese Zahl in Verhältnis zu den dem Statistischen Bundesamt gemeldeten Abtreibungen, so sei die Quote von Abtreibungen pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter, die sogenannte „abortion rate“, von 7,65 auf 8,04 Abtreibungen gestiegen. Dies sei eine Steigerung von gut fünf Prozent, so die „Welt“ weiter. Auch das Verhältnis zwischen Geburten und Abtreibungen habe sich verändert. 1996 seien auf 1.000 Geburten 163 gemeldete Abtreibungen gekommen, im Jahr 2001 seien es bereits 182,4 gewesen. „Das vom Gesetzgeber mit der Reform des Paragraphen 218 verfolgte Ziel, weniger statt mehr Abtreibungen, wurde bis heute nicht erreicht“, zitiert „Die Welt“ Claudia Kaminski, Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht.

In einer Mitteilung an die Presse hat Kaminski bekräftigt, dass von einem „Trend zu weniger Abtreibungen“ keine Rede sein kann. „Richtig ist: Frauen treiben heute häufiger ab als 1996; aufgrund des demografischen Wandels gibt es nur weniger Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren“, so Kaminski. Der Rückgang der absoluten Abtreibungszahlen – soweit sie dem Statistischen Bundesamt gemeldet würden – beruhe also nicht auf einer vermehrten Akzeptanz des Lebensrechts ungeborener Kinder, sondern allein auf der Tatsache, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zurückgegangen sei.

„Anzumerken ist weiter, dass der Bundesverband Lebensrecht vermutet, dass die Dunkelziffer der Jahr für Jahr abgetriebenen Kinder noch einmal so hoch ist wie die Zahl der dem Statistischen Bundesamt gemeldeten Abtreibungen“, erklärt die Vorsitzende des Verbandes. So würden z.B. sogenannte Mehrlingsreduktionen nach künstlicher Befruchtung von der Statistik ebenso wenig erfasst, wie heimliche Abtreibungen oder solche, die nach falschen Ziffern abgerechnet würden. Darüber hinaus habe das Statistische Bundesamt keine Möglichkeit, die Richtigkeit der ihm gemeldeten Abtreibungs-

zahlen zu überprüfen. „Stichproben haben zudem starke Differenzen zwischen den gemeldeten und den abgerechneten Abtreibungen ergeben“, so Kaminski weiter. „Nach unseren Schätzungen werden daher seit der Reform des Paragraphen 218 im Jahr 1995 statt der seit 1996 rund 130.000 gemeldeten vorgeburtlichen Kindstötungen (Hellziffer) jedes Jahr rund 260.000 Kinder (Hell- und Dunkelziffer) abgetrieben.“

Uruguays Senat lehnt Abtreibungs-Liberalisierung ab

Montevideo (ALfA). Überraschend hat der Senat von Uruguay ein Gesetz zur Freigabe der Abtreibung abgelehnt. Das meldet die katholische Tageszeitung „Die Tagespost“. Nach Plänen der Regierung sollten vorgeburtliche Kindstötungen in den ersten drei Monaten ohne Einschränkungen erlaubt werden, so die Zeitung. Bereits im Dezember 2002 habe das Unterhaus den entsprechenden Entwurf verabschiedet.

Im Vorfeld der Entscheidung hatte laut der „Tagespost“ die katholische Kirche an die Senatoren appelliert, dass das menschliche Leben vom Zeitpunkt seiner Zeugung an geschützt werden müsse. Die Senatoren dürften sich nicht von wirtschaftlichen oder parteipolitischen Interessen beeinflussen lassen. Wie die Zeitung weiter berichtet, behaupten Abtreibungsbefürworter, dass in Uruguay bei einer Geburtenrate von 52.000 jährlich 30.000 bis 50.000 Kinder illegal abgetrieben werden.

30 Jahre Fristenregelung: Meisner spricht von „lautloser Katastrophe“

Köln (ALfA). Joachim Kardinal Meisner hat die deutsche Abtreibungspraxis als einen „Skandal“ bezeichnet und eine entschiedene Kehrtwende hin zu einer „Kultur des Lebens“ gefordert. In einem Beitrag für „Die Welt“ schreibt der Erzbischof von Köln, dreißig Jahre Fristenlösung in Deutschland sei „ein ganz alltäglicher Skandal“. Acht Millionen Kinder seien in diesen dreißig Jahren im Mutterleib getötet worden. Deutschland sei in eine „Kultur des Todes verstrickt“, so Meisner. „Natürlich: Abtreibungen fallen kaum auf - außer den Kindern selbst und den betroffenen Frauen, die deren physischen und psychischen Folgen oft noch jahrzehntelang mit sich herum-

schleppen.“ Für die Umwelt dagegen, die die Frauen oft zur Abtreibung drängen würde, verschwinde die Tötung des Ungeborenen in der hygienischen Anonymität von Krankenhäusern.

Er sei sich der Tatsache bewußt, dass es auch vielen Befürwortern der geltenden Abtreibungsregelung um den optimalen Schutz für Mutter und Kind gehe. „Aber diese Absicht ist gescheitert. Der Fehler liegt im System“, so Meisner in der „Welt“. Das Prinzip „beraten statt strafen“ übersehe, dass gerade der strafrechtliche Schutz der ungeborenen Kinder in eminenter Weise Rechtsbewusstsein schaffe. Das Bundesverfassungsgericht habe 1993 dem Gesetzgeber eine „Korrektur- und Nachbesserungspflicht“ auferlegt. Bislang sei der Gesetzgeber dieser Pflicht nicht nachgekommen. „Darin liegt eine eklatante Missachtung des höchsten deutschen Gerichtes“, so Meisner.

Meisner sieht die Gesellschaft in einem Teufelskreis: „Wenn ungeborene Kinder ohnehin straflos getötet werden können, warum sollte man sie dann nicht auch nach ihrer Qualität aussortieren?“ Wo aber Kinder zu Objekten der Selektion würden, da wachse die Furcht der Mütter davor, ein behindertes Kind zur Welt zu bringen. „Nach und nach vergessen wir, dass jedes Kind - völlig unabhängig von seinem „Nutzen“, seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten - über Menschenwürde verfügt: eine Würde, die unseren Bewertungen und Manipulationen vorgelagert und somit entzogen ist.“

Die Missachtung der Menschenwürde hat laut Meisner auch soziale Konsequenzen: „Während wir unsere Kinder zu Zigtausenden töten, dämmert unsere Gesellschaft langsam aber sicher in eine Vergeißelung hinein, die letzten Endes nur ins Aussterben münden kann.“ Die durch den dramatischen Geburtenrückgang in Gang gesetzte lautlose Katastrophe nehme immer bedrohlichere Formen an. „Die „Kultur des Todes“ hat uns in eine Sackgasse geführt.“ Nur durch eine entschiedene Kehrtwende zu einer „Kultur des Lebens“ könne die Gesellschaft aus dieser herausfinden. „Wir müssen wieder Kinder als Reichtum entdecken, mit dem kein noch so großer materieller Reichtum konkurrieren kann. An der Frage, ob staatliche und gesellschaftliche Instanzen in Deutschland heute noch willens und in der Lage dazu sind, Ehen und Familien einschließlich ihrer (ungeborenen und geborenen) Kinder zu schützen und zu fördern, wird sich unser Schicksal entscheiden.“

Niederlande erlauben verbrauchende Embryonenforschung

Amsterdam (ALfA). Nach Großbritannien steigt mit den Niederlanden das zweite europäische Land in die verbrauchende Embryonenforschung ein. Das berichtet die katholische Tageszeitung „Die Tagespost“. Forscher am Universitätskrankenhaus Groningen haben dem Zeitungsbericht zufolge die Genehmigung für die Gewinnung von Stammzellen aus sogenannten „überzähligen“ menschlichen Embryonen erhalten. Ziel sei es, eigene Stammzelllinien zu etablieren.

Wie die Zeitung weiter berichtet, dürfen nach niederländischem Recht für die Embryonenforschung unter bestimmten Umständen auch solche Embryonen verwendet werden, die bei künstlichen Befruchtungen übrig geblieben sind. Fünf Jahre nach einer künstlichen Befruchtung würden dann die Eltern gefragt, ob sie die Embryonen vernichten lassen, an andere kinderlose Paare oder der Wissenschaft spenden wollten. Für die Stammzellforschung sei darüber hinaus noch eine gesonderte Zustimmung erforderlich. Bei der Entnahme von Stammzellen werden die Embryonen getötet.

Für Kopf und Knochen: Neue Erfolge mit adulten Stammzellen

San Francisco/Ulm (ALfA). Adulte Stammzellen aus dem eigenen Knochenmark sollen künftig zerstörtes Hirngewebe von Alzheimer- oder Parkinsonpatienten ersetzen. Das berichten die „Leipziger Volkszeitung“, die „Westdeutsche Zeitung“ sowie „RTLnews“ unter Berufung auf Studien, die im britischen Ärztejournal „The Lancet“ veröffentlicht und auf einer Neurologentagung in San Francisco vorgestellt worden sind. Laut der Zeitungen haben US-Forscher im Gehirn von Patienten Nachfolger von gespendeten Knochenmarkszellen entdeckt. Das Team um Edward Scott von der Universität von Florida in Gainesville habe Gewebeproben von drei Frauen entnommen, die im Rahmen ihrer Therapie gegen Blutkrebs sechs Jahre zuvor Knochenmark von männlichen Spendern implantiert bekommen hätten. Den Forschern sei es gelungen, bei den drei Frauen Hirnzellen mit männlichen Y-Chromosomen nachzuweisen. „Diese Studie zeigt, dass Knochenmark tatsächlich als Quelle leicht zugänglicher Zellen zur Produktion von Nervengewebe verfügbar ist“, zitieren die Zeitungen Scott.

Unterdessen ist es Forschern um Alexander Storch von der Universität Ulm gelungen, aus Knochenmarkszellen von Erwachsenen Stammzellen für das Gehirn zu entwickeln. Allerdings seien sie noch nicht in das Gehirn eines Menschen transplantiert worden. „Es ist ein aufregender Gedanke, dass Menschen mit der Alzheimer-Krankheit eines Tages ihr eigenes Knochenmark zur Produktion von Nervenzellen nutzen können, die dann den Schaden durch die verlorenen Zellen ausgleichen und die Funktionen wieder herstellen können“, wird Storch von den Zeitungen zitiert.

Unterdessen sind amerikanische Forscher nach Experimenten zu dem Schluss gekommen, dass Stammzellen aus dem Fettgewebe in Zukunft helfen könnten, schwere Verletzungen von Knochen zu heilen. Das berichten das „Handelsblatt“ und die „Leipziger Volkszeitung“ unter Berufung auf einen Artikel in dem Journal „Nature Biotechnology“. Demnach haben US-Forscher Mäusen Stammzellen aus dem Fettgewebe in Löcher transplantiert, die sie zuvor in den Schädel der Mäuse gebohrt hatten. Das Team um Michael Longaker von der Stanford Universität in Palo Alto habe die Fett-Stammzellen auf biologisch zersetzbares Material in die Löcher der Mäuseschädel eingepflanzt und den Heilungsprozess mit Apatit, einer natürlichen Knochensubstanz, unterstützt. Schon nach acht Wochen seien die Löcher jeweils zu 84 bis 99 Prozent mit neuem Knochengewebe gefüllt gewesen. Nach zwölf Wochen seien sie vollständig geschlossen gewesen.

Bei Menschen könnten diese Ergebnisse vielleicht einmal helfen, angeborene Defekte am Schädel zu beheben oder durch Unfälle verursachte Verletzungen zu heilen.

Dolly-Schöpfer Wilmut will Menschen klonen

Edinburgh (ALfA). Die Erschaffer des Klonschafes Dolly wollen nun auch menschliche Embryonen klonen. Das melden das „Deutsche Ärzteblatt“, die „Leipziger Volkszeitung“ sowie das Magazin „Stern“. Im britischen Fernsehsender BBC habe Ian Wilmut angekündigt, dass er einen Antrag auf Forschungsklonen bei der entsprechenden Genehmigungsbehörde einreichen werde. Laut der Zeitungen nannte es Wilmut unmoralisch, die Gelegenheit nicht zu ergreifen, Krankheiten mithilfe des sogenannten therapeu-

tischen Klonens zu studieren, das seit 2001 in Großbritannien zugelassen ist.

Ziel der Bemühungen von Wilmut und seinem Team am Roslin Institute in Edinburgh sei die Erforschung von tödlichen Motoneuronerkrankungen, so die Zeitungen weiter. Diese verursachten aufgrund einer Degeneration von Zellen im Rückenmark und im Gehirn eine langsam fortschreitende Lähmung des Patienten bei nicht beeinträchtigter Intelligenz. Wilmut wolle an den geklonten Embryonen untersuchen, wie bei den Erkrankungen Nervenzellen zerstört werden, die Muskeln steuern. Nach den Experimenten würden die Embryonen getötet, habe der Forscher versichert.

Wie die Zeitungen weiter berichten, haben Mediziner dieses Forschungsvorhaben begrüßt, während Kritiker die Wahl der Motoneuronerkrankungen für einen Vorwand halten. Patrick Cusworth, ein Sprecher der Stiftung Life UK, sagte, solche Experimente könnten ebenso gut mit Stammzellen durchgeführt werden. Laut der Zeitungen hat unterdessen die Genehmigungsbehörde mitgeteilt, sie werde den Antrag Wilmuts sorgfältig prüfen.

„Woche für das Leben“: Kirchen warnen vor aktiver Sterbehilfe

Aachen (ALfA). Die katholische und evangelische Kirche in Deutschland haben den zunehmenden Trend zu aktiver Sterbehilfe verurteilt. Das geht aus einer Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz hervor. Bei dem Eröffnungsgottesdienst der diesjährigen „Woche für das Leben“ unter dem Motto „Die Würde des Menschen am Ende seines Lebens“ haben Vertreter der Kirchen dazu aufgerufen, Tod und Sterben nicht zu verdrängen und Menschen am Ende ihres Lebens achtsam zu begleiten. „Sterbende brauchen Menschen, die sie begleiten, nicht Menschen, die das Leben verkürzen wollen“, so der thüringische Landesbischof Christoph Kähler. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, betonte: „Wir wollen Hilfe im Sterben leisten, aber nicht Hilfe zum Sterben, wenn damit eine direkte Herbeiführung des Todes gemeint ist.“ Jede vorzeitige, direkte und gewollte Beendigung des Lebens sei „ein Sich-Vergreifen am unantastbaren Recht des Menschen auf sein Dasein“, so Lehmann. Ein Mitleid, das nicht bereit sei, den Weg mit dem sterbenden Menschen zu gehen, könne sich auch als wenig human erweisen.